

Keine grossen Gewaltvorfälle, aber mehr «Hatespeech»

Auch im Jahr 2021 war es in Bezug auf sichtbaren Extremismus relativ ruhig.

Um Ereignisse, Entwicklungen und Vorfälle im Bereich Extremismus in Liechtenstein zu beobachten und zu dokumentieren, wurde das Liechtenstein-Institut von der Gewaltschutzkommission der Regierung beauftragt, einen jährlichen Monitoringbericht zu erstellen. Nun liegt der Bericht für das Jahr 2021 vor und spricht – abgesehen von einzelnen Fällen – von einem ruhigen Jahr.

Reden und Plakate mit problematischen Inhalten

Seit mehreren Jahren sind in Liechtenstein keine grösseren Gewaltvorfälle mit extremistischem Hintergrund zu verzeichnen. Aufgrund der Covid-19-Pandemie war das Jahr 2021 allerdings auch durch eine zunehmende Zahl an Veranstaltungen gegen die Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie gekennzeichnet. «An diesen Kundgebungen wurden teilweise Reden und Plakate mit problematischen Inhalten gehalten und gezeigt. Dabei kam es auch zu verbalen Entgleisungen (Holocaust-Verharmlosungen, Beleidigungen) einzelner Personen bzw. Gruppen, was zu Anzeigen führte», wird im Monitoringbericht festgehalten. Zudem sei festzustellen gewesen, dass sich in Teilen der massnahmenkritischen Bewegung in Liechtenstein ähnliche Tendenzen wie in radikalisierten Szenen anderer europäischer Länder verfestigt hätten. Dabei seien die staatlichen Covid-19-Massnahmen als fundamentale Bedrohung der verfassungsmässigen Freiheitsrechte



Im Rahmen der Coronademonstrationen in Vaduz kam es unter anderem zu verbalen Entgleisungen – auch Plakate mit problematischen Inhalten wurden gezeigt. Bild: Daniel Schwendener (17.9.21)

dargelegt und daraus ein Widerstandsrecht abgeleitet worden. «Diese sich radikalisierenden Tendenzen waren in Liechtenstein auch durch die Festnahme eines international gesuchten Staatsleugners im Umfeld von Covid-19-Massnahmenkritiker festzustellen.»

Hassreden nehmen zu – vor allem auf Social Media

In Bezug auf «Hatespeech» wird im Bericht festgehalten, dass die einfachen Kommunikations- und Vernetzungsmöglichkeiten im virtuellen Raum auch zu einer Zunahme an Verunglimpfungen, Beschimpfun-

gen und Hassaufrufen gegen gewisse Gruppen, Einzelpersonen oder Minderheiten geführt habe. «Diese sogenannten Hassreden beinhalten nicht selten Falschnachrichten und antidemokratische sowie extremistische Inhalte und finden im Internet und auf digitalen Plattformen eine rasche Verbreitung. Bestimmte Formen der Hassrede sind in Liechtenstein strafrechtlich verboten.»

Im Berichtsjahr haben zudem die Meldungen bei der Fachstelle für Bedrohungsmanagement wegen Personen, die in einer als bedrohlich erlebten Art und Weise an mit der

Pandemie zusammenhängenden Massnahmen Kritik übten, deutlich zu.

Aufgrund der teilweise radikalisierten Äusserungen in den sozialen Medien, aber auch in E-Mails und Briefen intensiviert die Fachstelle die Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz. Speziell bei bedrohlichen Posts in den sozialen Medien mussten die Verfasser durch sogenannte «deanonymisierende Briefe» informiert werden, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist und derartige Äusserungen strafrechtliche Folgen haben können. (dv)